



HESSISCHER LANDTAG

19. 11. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**betreffend Proteste von Schülerinnen und Schülern sowie
Studierenden verdeutlichen erneut die Notwendigkeit eines
Kurswechsels in der Bildungspolitik**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag sieht die im Rahmen der Bildungsproteste im November 2009 formulierten Forderungen und Inhalte als Ausdruck der Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen an den Schulen und Hochschulen in unserem Land.
2. Die Bildungsproteste reihen sich somit in eine Reihe vieler weiterer Proteste und Unmutsbekundungen von Studierenden, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Eltern in den letzten Monaten und Jahren ein.
3. Mit dieser anhaltenden Kritik verleihen Bürgerinnen und Bürger ihrem Wunsch nach einer anderen Bildungspolitik Ausdruck.
4. Der Landtag hält insbesondere in Hessen eine Kurskorrektur für dringend erforderlich. Die Schulpolitik der letzten zehn Jahre hat Hessen in eine Sackgasse geführt. In allen nationalen wie internationalen Vergleichsstudien landet das hessische Bildungssystem bestenfalls im Mittelfeld, oft im unteren Drittel. An den Hochschulen gibt es nicht genügend Studienplätze und die Lern-, Lehr- und Forschungsbedingungen müssen dringend verbessert werden.
5. Der Landtag bedauert, dass mit der Regierungsbildung nach der Landtagswahl kein Kurswechsel in der Bildungspolitik eingeleitet wurde und stattdessen von der Landesregierung auf ein "Weiter so" der alten, gescheiterten Politik gesetzt wird.
6. Der Landtag spricht sich für einen neuen Aufbruch für Hessens Schulen und Hochschulen aus. Dazu gehören vor allem:
 - eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen von der Kinderkrippe über die Schule bis zur Hochschule,
 - die Stärkung der frühkindlichen Bildung durch Schaffung der zur Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans notwendigen Rahmenbedingungen,
 - die schrittweise Einführung der flexiblen Eingangsstufe an den Grundschulen,
 - die deutliche Ausweitung von Ganztagsangeboten auch in offener und gebundener Form, um mehr Zeit zum Lernen und für individuelle Förderung zu haben,
 - die Ausweitung des längeren gemeinsamen Lernens,
 - der Ausbau des gemeinsamen Unterrichts (GU) von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf mit dem Ziel, den GU von der Ausnahme zur Regel zu machen,

- die schrittweise Absenkung der Lehrverpflichtung für Lehrerinnen und Lehrer auf das Maß der Wochenarbeitszeit für Tarifbeschäftigte,
- die Stärkung und Weiterentwicklung der dualen Berufsausbildung,
- der Ausbau des Fort- und Weiterbildungsangebotes und die Erleichterung der Nutzung in einem aufeinander abgestimmten System lebensbegleitenden Lernens,
- die Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen und die gerechte Teilhabe an Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern,
- die Stärkung der Autonomie der Hochschulen bei gleichzeitiger Ausweitung der innerhochschulischen Demokratie,
- die Beibehaltung der beratenden Funktion der Hochschulräte statt der Übertragung von Entscheidungskompetenzen an diese,
- ein Nein zu Studiengebühren,
- eine umfassende Reform der Bolognareform, die zu mehr Qualität, einer höheren Mobilität und einer deutlich höheren Chancengerechtigkeit an den hessischen Hochschulen führt, insbesondere durch die Abschaffung der Hürden zu Masterstudiengängen und durch die Schaffung von zeitlichen und inhaltlichen Freiräumen in den Studienmodulen.

Wiesbaden, 19. November 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir